



Deutsche Zustände: Ein gehässiger Chauvinismus, der sich immer noch unterdrückt vorkommt, ist weit verbreitet. Und der Hass auf Migranten wird inzwischen nicht mehr dem rechten Rand allein überlassen.  
Von Peter Decker

**Debattiert**

Internet und Mitmachcharakter spielen bei »Aufstehen« entscheidende Rolle. Von Andrej Hunko

**3**

**Indoktriniert**

Wie die Bundeswehr Abgeordnete, Journalisten, Beamte und Funktionäre auf Kriegskurs einstimmt

**4**

**Isoliert**

Auf Gipfel der Drei-Meere-Initiative gab es ein klares Ziel: Russland aus dem Europamarkt drängen

**9**

**Reanimiert**

Neonazis im Berliner Südosten werden wieder aktiver. Trotz geschlossener Szenetreffs

**15**

# Aus dem Hinterhalt

Israel attackiert Syrien kurz nach Vereinbarung einer »Schutzzone« in Idlib. Russisches Flugzeug abgeschossen.  
Von Karin Leukefeld

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan haben sich am Montag in Sotschi auf eine »Schutzzone« für die Kämpfer in der syrischen Provinz Idlib verständigt. Nur wenige Stunden nachdem die Vereinbarung bekannt geworden war, griffen israelische Kampfjets gegen 22 Uhr Ortszeit am Montag abend ein Elektrizitätswerk und Anlagen der syrischen Armee in der Hafenstadt Latakia an. Ein russisches Aufklärungsflugzeug »Iljuschin Il-20« wurde abgeschossen, das sich im Landeanflug auf den russischen Stützpunkt Hmeimin befand.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, machte am Dienstag morgen in Moskau Israel für den Abschuss verantwortlich. Die Iljuschin sei absichtlich als »Schutz« vor der syrischen Luftabwehr benutzt worden. Weil die »reflektierende Fläche« der Maschine größer als die des israelischen »F-16«-Jets gewesen sei, wurde das russische Flugzeug »durch eine Rakete des syrischen S-200-Luftabwehrsystems abgeschossen«.

Nach Angaben des russischen Militärs feuerten vier »F-16« vom Mittelmeer her Lenkkraketen aus niedriger Höhe auf Latakia ab. Absichtlich seien



Verteidigungsministeriumssprecher Igor Konaschenkow präsentiert ein Schaubild des Vorfalles von Montag nacht (Moskau, 18.9.2018)

Schiffe und Flugzeuge in dem Gebiet großer Gefahr ausgesetzt worden. Die Angriffe seien aus unmittelbarer Nähe der französischen Fregatte »Auvergne« und der nur fünf Kilometer von der Landebahn entfernten Iljuschin erfolgt. Russland sei über eine »Hotline« weniger als eine Minute vor der israelischen Attacke gewarnt worden.

Russisches Radar registrierte auch Raketenabschuss von der »Auvergne«, Paris dementierte das. Möglicherweise wurde die Fregatte von den israelischen Jets ebenfalls als »Schutz« benutzt. Wäre das Marineschiff von der syrischen Luftabwehr getroffen worden, hätte ein NATO-Bündnisfall ausgelöst werden können.

Die israelische Armee erklärte am Dienstag nachmittag, man bedauere

den Tod der russischen Flugzeugbesatzung. Verantwortlich sei aber nicht Israel, sondern die syrische Regierung und vor allem die libanesische Hisbollah und der Iran. Die Kampfjets seien wieder im heimischen Luftraum gewesen, als der Abschuss sich ereignet habe. Nach russischen Militärangaben hat Tel Aviv seit 2017 mehr als 700 Raketen auf Syrien abgefeuert. Der israelische Botschafter in Moskau wurde einbestellt.

Russland versucht mit der vereinbarten »Schutzzone« für die von der Türkei, westlichen Staaten und den Golfmonarchien unterstützten Dschihadisten, die Lage zu deeskalieren. Präsident Putin erklärte am Montag in Sotschi, man habe »detailliert über die Lage in Idlib gesprochen und werde

eine 15 bis 20 Kilometer breite entmilitarisierte Zone entlang der Kontaktlinie zwischen Regierungstruppen und der bewaffneten Opposition einrichten«. Radikale Kämpfer wie die Nusra-Front sollten »evakuiert« werden. Wie und wohin, wurde nicht gesagt.

Die »Schutzzone« soll bis zum 15. Oktober eingerichtet werden und befristet sein. Iran begrüßte die Entscheidung. Auch die Regierung in Damaskus äußerte sich zufrieden, aus dem dortigen Außenministerium hieß es, die Einigung sei Ergebnis langer Verhandlungen zwischen Syrien und Russland und stelle, wie im Astana-Abkommen vorgesehen, eine Verlängerung der Vereinbarung über das Deeskalationsgebiet Idlib dar.

■ Siehe Kommentar Seite 8

**Journalisten Österreichs fordern Signal an Türkei**



Wien. Der Österreichische Journalisten-Club (ÖJC) hat den Bundeskanzler der Alpenrepublik, Sebastian Kurz, dazu aufgefordert, die Inhaftierung des Journalisten Max Zirngast (Foto) in der Türkei zum Thema des EU-Gipfeltreffens zu machen, das in dieser Woche in Salzburg stattfindet. »Zirngast ist nichts anderes als eine Geisel des Despoten Erdogan«, erklärte ÖJC-Präsident Fred Turnheim am Dienstag in Wien.

Max Zirngast, der auch für *Junge Welt* schreibt, war in der vergangenen Woche in Ankara verhaftet worden und sitzt seither in Polizeigewahrsam. Die Frist für eine Entscheidung des Richters über seine Freilassung oder Überstellung in Untersuchungslauf läuft am heutigen Mittwoch aus, könnte nach der türkischen Antiterrorgesetzgebung aber noch einmal um vier Tage verlängert werden. (jw)

**Moor brennt nach Raketen test weiter**

Meppen. Nach Raketen tests auf einem moorigen Bundeswehr-Gelände im niedersächsischen Meppen kämpfen Feuerwehrlente des Militärs seit rund zwei Wochen gegen einen Flächenbrand. »Im Moment versuchen wir, möglichst viel Wasser zum Brandort zu bringen, um den Boden zu durchnässen«, sagte ein Sprecher am Montag. »Wir werden auf jeden Fall diese Woche noch beschäftigt sein.« Menschen kamen bislang nicht zu Schaden. Entstanden war das Feuer bei einem Waffentest: Von einem Hubschrauber aus hatten Soldaten Raketen abgefeuert. Eigentlich hätte die Bundeswehr-Feuerwehr mit einer Löschraupe den Brand nach dem Test gleich bekämpfen sollen, doch das Gerät fiel aus, und ein weiteres solches Fahrzeug war gerade in der Werkstatt. So konnte sich der Schmelbrand ausbreiten, bis ein Löschhubschrauber einsatzbereit war. Laut Bundeswehr ist es nicht der erste mehrwöchige Brand auf dem Testgelände. 2010 habe ein Feuer rund sechs Wochen nicht gelöscht werden können. (dpa/jw)

# Halbzeit im Handelskrieg

USA erheben Zölle auf 50 Prozent aller Importe aus China. Deutsches Kapital wittert Geschäft

Mit dem bisher größten Paket neuer Strafzölle hat der Handelskonflikt zwischen den USA und China eine neue Eskalationsstufe erreicht. Nachdem Washington weitere Strafen für Waren im Wert von 200 Milliarden Dollar auf den Weg gebracht hatte, kündigte Beijing am Dienstag an, Zölle in Höhe von fünf und zehn Prozent auf US-Waren mit einem Volumen von 60 Milliarden Dollar zu erheben.

Ein Sprecher des Handelsministeriums ließ offen, ob Vertreter der Volksrepublik trotz der neuen Strafzölle

einer zuvor von Washington ausgesprochenen Einladung zu Verhandlungen folgen werden. China habe immer betont, dass ein gemeinsamer Dialog der einzige Weg sei, um den Konflikt zu lösen. Die jüngsten Aktionen der USA seien aber weder von Ehrlichkeit noch Freundlichkeit geprägt.

Beide Seiten hatten schon zuvor gegenseitige Strafzölle auf Waren im Wert von jeweils 50 Milliarden Dollar erhoben. Nun hat die USA die Hälfte aller Warenimporte aus China mit Sonderzöllen belegt. Beijing kann rein rechnerisch nicht im gleichen Umfang

antworten, da die USA jährlich lediglich Waren im Wert von 130 Milliarden US-Dollar nach China exportieren.

Die neuen US-Zölle werden zunächst zehn Prozent betragen und am 24. September in Kraft treten, ab 2019 sollen sie auf 25 Prozent gesteigert werden, hieß es aus dem Weißen Haus. Weil China am Dienstag mit Gegenmaßnahmen reagierte, wird die US-Regierung eine weitere Phase – die dann dritte – einläuten, erklärte US-Präsident Donald Trump in einer Mitteilung. Dann würden noch weitere Zölle auf Warenimporte aus China im Wert von

267 Milliarden Dollar erhoben.

Der Leiter des unternehmernahen Ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, Gabriel Felbermayr, witterte Chancen für das deutsche Kapital. Die US-Strafzölle auf chinesische Produkte seien auch eine Gelegenheit, eigene Interessen durchzusetzen. »Europa könnte zum großen Profiteur werden, wenn sich China zu Zugeständnissen im Rahmen der WTO drängen lässt«, sagte Felbermayr am Dienstag in München. Das könnte dann der wettbewerbsfähigen deutschen Industrie deutlich mehr nutzen als der US-amerikanischen. (dpa/jw)

**jw** wird herausgegeben von 2.119 Genossinnen und Genossen (Stand 14.8.2018)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

